DIE LINKE. Sachsen
3. Tagung des 15. Landesparteitages 10. Oktober 2020

A. Leitantrag an den 15. Landesparteitag

A.1. Nach der Krise ist vor der Krise oder plötzlich kann die Politik Prioritäten setzen

Ä.A.1.17a. Änderungsantrag in Kapitel 1: Friedenspolitische Grundsätze ohne Wenn und Aber durchsetzen!

Einreicher*innen: LAG Deutsch-Russische Freundschaft Sachsen,
Regina Silbermann, Sprecherin der LAG Deutsch-Russische Freundschaft

Unterstützer*innen: Ortsverband DIE LINKE Sonnenberg/Chemnitz, Ortsverband DIE LINKE Adelsberg/Chemnitz, IG Frieden-Gerechtigkeit-Solidarität DIE LINKE Chemnitz, GRH-TGA Chemnitz, Sprecher Horst Seiler, ISOR-Chemnitz, Sprecher Peter Eichler

---

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Die friedenspolitischen Grundsätze der Partei DIE LINKE, gemäß dem Erfurter Programm vom Oktober 2011, **behalten uneingeschränkt ihre Gültigkeit.**

Sie sind in unserer pluralistischen Partei das einzige alle vereinende Ziel und durch die Mitglieder sowie Amts- und Mandatsträger der Partei offensiv und ohne wenn und aber zu vertreten.

Der Abschnitt **4.6. Frieden in Solidarität statt Kriege** aus dem Parteiprogramm ist in die Präambel bzw. in das 1. Kapitel des Leitantrages als politisch-strategische Zielsetzung der Partei DIE LINKE einzuarbeiten.

Programmtext:
„Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO, wird DIE LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird. Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta, zumal der Sicherheitsrat noch nie chartagemäß Beschlüsse gegen Aggressoren wie die NATO beim Jugoslawienkrieg oder die USA beim Irakkrieg gefasst hat. Um Akzeptanz für die Militarisierung der Außenpolitik zu erlangen, ist zunehmend von "zivilmilitärischer Kooperation" und von Konzepten zur "vernetzten Sicherheit" die Rede. DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von militärischen und zivilen Maßnahmen ab. Sie will nicht, dass zivile Hilfe für militärische Zwecke instrumentalisiert wird. Sie will, dass ein Rüstungsexportverbot im Grundgesetz verankert wird.“

<u>Begründung:</u>

Die friedenspolitischen Grundsätze der Partei DIE LINKE, gemäß dem Erfurter Programm vom Oktober 2011, behalten uneingeschränkt ihre Gültigkeit.
Sie sind in unserer pluralistischen Partei das einzige alle vereinende Ziel und durch die Mitglieder sowie Amts- und Mandatsträger der Partei offensiv und ohne Wenn und Aber zu vertreten.

Der Erfurter Parteitag hat das Parteiprogramm am 23. Oktober 2011 mit 503 Stimmen bei vier Gegenstimmen und 12 Enthaltungen beschlossen. Das ist eine Zustimmung von 96,9 Prozent.
Durch den Mitgliederentscheid vom 17. November bis 15. Dezember 2011 wurde das Parteiprogramm mit 95,81 Prozent bestätigt.

Manchmal sind es die kleinen Sätze, die Zustände, Entwicklungen oder Standpunkte von Bedeutung aufzeigen, über die man sehr gründlich nachdenken muss. Mehrere Genossen unserer Partei im Bundestag stellen wiederholt die zentralen Programmpunkte zur NATO-Mitgliedschaft öffentlich in ihrer politischen Gewichtung in Frage.

Die hohe Aufrüstung und die Aggressivität und somit extreme Gefährlichkeit der NATO und die militärischen Auslandseinsätze der Bundeswehr sind eine Gefahr für den Weltfrieden.

Wir, die Partei die LINKE, sind die einzige konsequente Partei, die sich für den Frieden einsetzt und das wollen wir auch in Zukunft bleiben. Deshalb dürfen wir keine Zugeständnisse für eine Tolerierung der NATO und der Auslandseinsätze der Bundeswehr zulassen.
Der konsequente Einsatz für den Frieden darf nicht geopfert werden für eine mögliche Regierungsbeteiligung mit den GRÜNEN und der SPD oder sonstigen Konstellationen der Parteien der BRD.

Wir haben ein gültiges Parteiprogramm.
Für dessen konsequente Einhaltung muss durch alle Mitglieder Sorge getragen werden.

Entscheidung des Landesparteitages: